

# Simburger Anzeiger

Englisch amtliches Preisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Veröffentlichungsweise: täglich (nur Vortage).  
Bezugspreis: monatlich 8.80 Mark einschl. Postbestellgeld  
oder Frangirung.  
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1888 (Simburger Tageblatt)  
Verantwortlicher Redakteur Hans Knies  
Druck und Verlag der Simburger Schmelzerei und Buchdruckerei  
in Simburg a. d. Rahn.

Anzeigenpreis: die 6erpaletene 8-Millimeterzeile oder deren  
Raum 70 Bsp. Die 91 m/m breite Reklamezeile 2.10 Mk.  
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 143

Simburg, Freitag, den 25. Juni 1920.

83. Jahrgang

## Neue gewaltige Fehlbeträge.

Der Reichstag, der am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Wirth in öffentlicher Sitzung tagte, genehmigte u. a. den Not-Etat, der dem Reichstag als bald nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden soll. Die Ausschüsse des Reichstags haben auch die Monate Oktober noch mit in diesen Not-Etat hineingenommen, an der Regierungszulage selbst aber nur wenige Änderungen vorgenommen. Der Not-Etat enthält u. a. eine beträchtliche Stellenvermehrung bei den Verkehrsbeamten der früheren Eisenbahnen, deren Eisenbahnen nunmehr auf das Reich übergegangen sind, ebenso auch bei der Post. Der Bericht-erhalter wies darauf hin, daß der Fehlbetrag für die Reichspost und die Eisenbahnen in Höhe von 6,1 Milliarden im Not-Etat festgelegt sei, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es doch allmählich gelingen werde, über dieses ja redend-erregende Defizit hinwegzukommen.

Finanzminister Dr. Wirth unterstrich diese Ausführungen. Ingesamt würden wir allein im ordentlichen Budget der Reichseisenbahnen einen Fehlbetrag von 15 Milliarden haben; dazu kommt noch der Fehlbetrag der Post. Er benutze die Gelegenheit, um dem Reichstag zu sagen, daß wir vor einem neuen Answachsen dieser Fehlbeträge ständen, und zwar infolge der Befolgsungsanordnungen der Länder. Damit, so sagte der Finanzminister, stehen wir vor einer betrüblichen Tatsache, daß die Reichsbefolgsungsanordnungen, noch ehe sie wirksam werden sollte, aufgehoben ist durch die weiter-gehenden Befolgsungsanordnungen der Länder. Sie wissen, welche politischen Wirkungen das in Bayern ausgelöst hat, indem die Beamten am 30. Juni bei der Eisenbahn und Post eine Urabstimmung machen wollten, ob sie auf das Reich übergehen wollten oder nicht. Es kommen ganz erorbi-ante Mehrheiten heraus, wenn wir die Reichsbefolgsung um-bauen müssen nach dem, was die Länder getan haben. Außerdem stehen wir vor dem Abschluß eines Lohnvertrages für die Reichseisenbahnen, wobei es sich um gewaltige Forde-rungen der Organisationen handelt. Das Defizit wird sich durch diese neuen Forderungen noch erhöhen, es wird sich des neuen Reichskabinetts sein, dazu Stellung zu nehmen.

Auf Antrag Sachens, der durch Bayern erweitert wor-den ist, haben die Ausschüsse betreffend Bewilligung von Reichsfahrlkarten folgenden Beschluß gefaßt: „Die Reichs-re-gierung zu erlauben, den Ländern eine bestimmte Anzahl Fahrlkarten für Dienstreisen von der Landeshauptstadt nach Berlin und zurück zur Verfügung zu stellen, Bayern 8, Sachsen 6, Württemberg, Baden und Thüringen je 4, Hessen und Hamburg je 3, Mecklenburg-Schwerin, Braun-schweig, Oldenburg, Anhalt und Bremen je 2 und den übrigen Ländern je eine mit der Maßgabe, daß sie sowohl von außerhalb Berlins wohnenden Reichstagsmitgliedern, als von Vertretern und Kommissaren der Länder nach näherer Anordnung der Landesregierung benutzt werden dürfen.“ Auf Wunsch der Vertreter von Württemberg und Baden wurde der Antrag noch dahin erweitert, daß diesen Ländern fünf Karten bewilligt werden sollten. Der Antrag wurde im Prinzip einstimmig angenommen. Ein Vertreter des Reichs-verkehrsministeriums erklärte, daß er noch nicht in der Lage sei schon heute zu der Sache Stellung zu nehmen. Es lägen eine ganze Reihe ähnlicher Gesuche vor, die in einer Denkschrift vereinigt und dem Reichskabinet vorgelegt werden sollen.

Weiter wurde die Verordnung über Ueberleitung der Rechtspflege in den Kreisen Eupen und Malmédy ange-nommen, ebenso eine Verordnung über Änderung der Post-ordnung, die der letzten Reste der Gebührenfreiheit beseitigt.

## Eröffnung des Reichstags.

Berlin, 24. Juni. Der 77jährige sozialdemokratische Abgeordnete Riele eröffnete als Alterspräsident um 3 Uhr 15 die Sitzung. Er bezieht zu Schriftführern den deutsch-nationalen Abgeordneten Maltewitz, den Zentrumsabgeord-neten Dr. Pfeiffer, die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Böhm-Schuch und die unabhängige Abgeordnete Frau Agnes, worauf mit dem Namensaufruf begonnen wurde. Als wäh-rend des Namensaufrufs der Name des unabhängigen Abg. Wittwos gerufen wird und dieser sich nicht meldet, erklärt der Abgeordnete Ledebour: Er ist gestern verurteilt worden, infolgedessen kann er nicht hier sein. Beim Nennen des Namens des Volksparteilers Dr. Hugo Sinnes wurden bei der U. S. P. lebhaft Zwischenrufe laut und Adolf Hoffmann rief: „Wenn das Geld im Kasten klingelt!“ Der Abgeord-nete Erzberger ist nicht im Saale anwesend. Der Namens-aufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Hauses. Darauf ver-lagt sich das Haus auf Freitag nachmittag 3 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

## Die neue Koalitionsregierung.

Berlin, 24. Juni. Das neue Kabinet dürfte sich nach den bisherigen Vereinbarungen folgendermaßen zusammen-legen: Reichsbank Reichskanzler, Dr. Heine Reichsjustizminister und Stellvertreter des Reichskanzlers, Koch, Reichsminister des Innern, Dr. Simons Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Gieseler Reichswehrminister, Dr. Wirth Reichsfinanzminister, Herms, Ernährungsminister, Giesberts Reichspostminister, Ge-neral Groener, Reichsverkehrsminister, v. Raumer Reichsbauminister, Brauns Reichsarbeitsminister. Nach nicht endgültig festst. ist das Reichswirtschaftsministerium. Wegen der Ueber-nahme des Amtes sind Verhandlungen eingeleitet mit dem Vorstehenden des vorläufigen Reichswirtschaftsrates Direktor Cremer und dem von der Entente aus seinem Wirkungskreis entfernten Oberbürgermeister Gläffing. Das Wiederaufbau-

ministerium soll wie bisher unbelehrt bleiben und allmählich dem Reichswirtschaftsministerium wieder angegliedert werden. (Frankf. Ztg.)

## Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

Berlin, 23. Juni. (W.B.) Infolge der jüngsten Wendung in der Kabinettsbildung (s. sämtliche Fraktionen des Reichstags heute vormittag zusammengetreten, um zur Lage Stellung zu nehmen. Nach der „B. Z.“ wird die Lage für außerordentlich schwierig gehalten. Die Schwierig-keiten sind darauf zurückzuführen, daß die Mehrheitssozial-demokraten der in der Bildung begriffenen Regierung das Vertrauen versagen, wenn auch mit einer Formulierung, die nach Ansicht der Sozialdemokraten ihr gestatte, im Amt zu bleiben. Die zweite Schwierigkeit liegt in der von der Deutschen Volkspartei aufgeworfenen Frage der Befetzung gewisser Ministerien. Letztere Schwierigkeit sei die geringere und würde sich voraussichtlich überwinden lassen. Zur Hal-tung der Demokraten sagt die B. Z., nach der Stellung-nahme der Sozialdemokraten werde in führenden demo-kratischen Kreisen für unmöglich gehalten, daß noch eine Re-gierung aus dem Zentrum, den Demokraten und der Deut-schen Volkspartei zustande komme. Man glaube, daß nun-mehr nur übrig bleibe, eine Regierung aus dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei zu bilden, die die Demokraten in den parlamentspolitischen Formen unterjügen werde. Neuere amtliche Informationen über die Lage liegen nicht vor.

## Bessere Aussichten.

Berlin, 23. Juni. (W.B.) Die Verhandlungen des Reichskanzlers über die Bildung des Kabinetts nahmen heute ihren Fortgang, ohne daß irgendeine Stodung eingetreten ist. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß in kürzester Zeit das Kabinet zum mindesten in den entschei-denden Ministerien besetzt sein wird. Ueber die wesentlichen Fragen ist zwischen den an den Verhandlungen beteiligten Parteien Uebereinstimmung erzielt, besonders auch insofern, als die bisherigen demokratischen und Zentrumsminister in ihren Ämtern verbleiben. Die Befetzung des Auswärtigen Amtes mit dem früheren Ministerialdirektor Dr. Simons fand allgemeine Zustimmung. Infolge der endgültigen Ab-lage des Geheimrats Wiedfeld wird bereits mit einer anderen bedeutenden Persönlichkeit des Wirtschaftslebens verhandelt. Der Abgeordnete Beder-Hessen hat aus persönlichen Grün-den die Uebernahme des Amtes ablehnen müssen. Minister-Stegewald, der für das Arbeitsministerium in Frage kam, hat gewünscht, sein preussisches Portefeuille zu behalten. Der für dasselbe Ministerium vorgeschlagene Abgeordnete Beder-Knossel hat gleichfalls aus persönlichen Gründen gebeten, von ihm abzulehen zu wollen.

## Erzbergers Debut im neuen Reichstag.

Berlin, 24. Juni. Gestern nachmittag erschien, wie der „Berliner Volksanzeiger“ mitteilt, der frühere Reichs-finanzminister Erzberger zum erstenmal wieder im Reichs-tagsgesamte. Die Zentrumsfraktion sollte sich über sein Ver-bleiben schlüssig werden. Dazu erschien er, um in einer mehrstündigen Rede die gegen ihn gerichteten Angriffe zu-rückzuweisen. Unter anderem teilte er mit, daß er im Selbsterforschungs Revision eingelegt habe. Wenn man dem „Berl. Volksanzeiger“ glauben darf, so wurde Erzberger von den Gewerkschaften unterstützt, die sogar drohten, aus der Fraktion auszutreten, wenn das Ausscheiden Erzbergers erzwungen würde. Die „Germania“ teilt jedoch mit, daß Erzberger während der Sommerferien den Verhandlungen des Reichs-tages aus Gesundheitsrücksichten fernbleiben werde.

## Die Staatsbürgerkunde.

Die Mehrheit der Reichsschulkonferenz stimmte den An-sichten des sozialdemokratischen Politikers Dr. Quard zu, daß in der Abschlussklasse der Volksschulen und den entsprechen-den Klassen der Mittel- und höheren Schulen Staatsbürger-kunde als besonderes Lehrfach eingeführt werden solle. Zwei Stunden wöchentlich sollen darauf verwendet werden. Der Einfluß des Reiches auf das Schulwesen soll erweitert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Schulaufsicht im Reichs-ministerium des Innern zu einem selbstständigen Reichsschulamt ausgebaut werden. — Die Kenntnis der Verfassung, der Staatseinrichtungen und der wichtigsten Gesetze gehören zu dem, was jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin wissen müssen, wenn sie sich zurechtfinden und sachgemäß in Reich in Ländern und Gemeinden mitarbeiten wollen. Nach der einzelne ist daran interessiert, daß er in seiner Kindheit über Staatsbürgerkunde belehrt wird, weil es eine ganze Reihe Stel-lungen gibt, die nur der Bekannten kann, der davon etwas weiß. Die Befähigung der sachgemäßen Beschäftigung mit den Gesellschaftswissenschaften geht dem ab, der von der Staatsbürgerkunde nichts weiß.

Berlin, 23. Juni. (W.B.) Wie der „Vorwärts“ mitteilt, beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein-stimmig, ihren Anspruch auf den Präsidentenposten des Reichs-tages dringend zu erheben, und dafür den ehemaligen Vize-präsidenten Lohde vorzuschlagen. — Der „Vorwärts“ demen-tiert das Gerücht, daß Fehrenbach seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt hat. Fehrenbach sei durch dessen Ernennung Reichskanzler geworden, er könne also nur demissionieren, das habe er aber nicht getan, er sei vielmehr bestrebt, eine Regierung zu schaffen, und ver-handle weiter. Das allgemeine Bewußtsein, daß schließlich und zwar sehr bald eine Regierung zustande gebracht werden müsse, sei den Ausschärfen für die Verhandlungen förderlich.

Berlin, 23. Juni. (W.B.) Laut Abendblätter herrscht in parlamentarischen Kreisen die Meinung vor, daß die weiteren Verhandlungen Fehrenbachs Erfolg haben werden und daß doch noch eine Regierung der bürgerlichen Mitte zustande kommt.

## Der württembergische Staatspräsident.

Stuttgart, 23. Juni. (W.B.) In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der bisherige Kultusminister Abgeordneter Dr. Hieber mit 52 von 97 anwesenden Ab-geordneten zum Staatspräsidenten gewählt. Hieber hat die Wahl angenommen. Der frühere Landtagspräsident Dr. Kraut erhielt 27 Stimmen des Bauernbundes und der Bür-gerpartei. Die unabhängigen Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme.

## Die deutsch-französischen Wirtschafts-verhandlungen.

Paris, 23. Juni. Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland werden am 28. Juni in Paris wieder aufgenommen werden. Unter den in Paris im Laufe dieser Woche erwarteten deutschen Delegierten werden Hugo Sinnes, Deutsch und Wiedfeldt genannt. Die Ver-handlungen werden sich um die Kompensationen drehen, die die deutsche Industrie gegen die von Frankreich zu liefernden Erze anzubieten vermag.

## Spa und Boulogne.

### Verhandlungen oder Distat?

Paris, 23. Juni. Ueber die Bedingungen, unter denen die Konferenz von Spa vor sich gehen soll, verlautet, daß die Alliierten den Deutschen hierüber keinerlei offiziell Angaben machen werden. Sie werden von Deutsch-land verlangen, ihnen zunächst den Beitrag der Gesamtent-schädigung, welchen sie vorschlagen, sowie den Zahlungsmodus u. a. anzugeben. Entweder werden die deutschen Unterhändler ein Angebot machen, das die Alliierten annehmen können oder aber die deutschen Unterhändler werden ein unaannehmbares Angebot machen und dann werden ihnen die Alliierten die in Boulogne zwischen Frankreich und England festgesetzte, und von Belgien, Italien und Japan nachher angenommene Ziffer mitteilen.

## Die Verteilung der deutschen Entschädigung.

Paris, 23. Juni. Der Grund, weshalb in Boulogne bezüglich der Verteilung der deutschen Entschädigung unter den Nationen, die ein Anrecht darauf haben, nichts beschlossen wurde, ist der, daß die mit dem Studium dieser Frage be-auftragte Kommission weder über die notwendige Zeit noch über die notwendige Unterlage verfügte. Man wurde dieses Uebelstandes erst am Dienstag früh gewahr, und darum wird eine besondere bevollmächtigte Kommission, die aus je einem französischen, englischen, italienischen, belgischen und serbischen Sachverständigen besteht, die ganze Frage noch einmal prüfen. Diese fünf Sachverständigen werden in Paris zusammentreten, um gemeinsame Vorschläge auf bestimmter Grundlage auszu-arbeiten, die den Alliierten am 2. Juli in Brüssel unter-breitet werden sollen.

## Erhöhung der deutschen Polizeitruppe.

Amsterdam, 23. (W.B.) Laut „Times“ soll die in der Entwaffnungsfrage an Deutschland gerichtete Note den deutschen Einwendungen insofern Rechnung tragen, als sie die Erhöhung der Polizeitruppe von 80 000 auf 150 000 Mann gestattet.

## Der Steuerabzug vom Lohn im besetzten Gebiet verboten.

Köln, 23. Juni. (W.B.) Die internationalisierte Kommis-sion hat, wie die britische Behörde mitteilt, den Steuer-abzug vom Lohn im besetzten Gebiet verboten.

## Volkspartei und Entpolitisierung der Wirtschaft.

Der „Berliner Volksanzeiger“ will aus Kreisen der Deutschen Volkspartei erfahren haben, daß die endgültigen Verhandlungen über die Entpolitisierung der Wirtschaft durch-aus zufriedenstellend verlaufen seien. Es werde bestimmt da-mit gerechnet, daß das bürgerliche Kabinet der Mitte zu-stande kommt.

## Protest der Stadt Berlin gegen die Lebensmittelteuerung.

Berlin, 23. Juni. (W.B.) Wie der „Abend“ mit-teilt, erhob der Berliner Magistrat bei dem Ernährungs-minister dringende Vorstellungen gegen die unerträgliche Höhe und weitere Steigerung der Lebensmittelpreise, die neuer-dings in vielen Städten zu schweren Unruhen geführt haben.

## Endgültige Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Berlin, 23. Juni. (W.B.) Die Verhandlungen, die am 21. Juni im Reichsarbeitsministerium zur Beflegung der Streitigkeiten der Kassenärzte mit den Krankenkassen statt-gefunden haben, führten zu einer völligen Uebereinstimmung. Die beiderseitigen Organisationen werden die nötigen Wei-sungen erteilen lassen, wann der vertragslose Zustand aufzu-heben ist.

## Wegen Gemüse- und Obstwucher.

Die Bürgermeister der größeren Städte der Rheinprovinz kamen in Bonn zusammen zur Besprechung der Maßnahmen gegen die Wucherpreise von Obst und Gemüse. Sie richteten eine Eingabe an die rheinische Landwirtschaftskammer, auch ihrerseits Schritte zu unternehmen, um auf eine andere Preis-gestaltung hinzuwirken.



### Benzinschieber.

„Laut „Berliner Lokalanzeiger“ aus Bochum sind auf der Jagd Zentrum der Wattensteins große Benzinschieber aufgefressen worden. Eine Anzahl der Beamten, zum Teil in höheren Stellungen, wurden verhaftet. Einer der Beteiligten hat sich das Leben genommen.

### Die Eisenbahnfrage im Kreis Mönchau.

Köln, 23. Juni. (W.B.) Nach einem hiesigen Telegramm der Kölnischen Zeitung geht die Entscheidung der Reichsministerkonferenz in der Frage der Mönchauer Bahnen dahin, daß sie die von dem belgischen Vorkauf gemachten Vorschläge über Zugeständnisse für die Abführung der Bahnlinie Aachen—Kalkenberg und für den westlich der Bahnlinie gelegenen Teil des Kreises Mönchau grundsätzlich annehmen. Die Prüfung der Einzelheiten wird der Grenzkommission überlassen. Die Zugeständnisse Belgiens bestehen in Erleichterungen für die Einwohner des Kreises Mönchau hinsichtlich des Personen- und Warentransportes nach Aachen. Ihre Waren werden durch den Eupener Bezirk ohne Zollformalitäten befördert. Deutschland erhält denjenigen Teil des Eupener Distrikts, in welchem die Niedererschlaggebiete der Aachener Wasserwerke liegen. Das Dorf Hühnrich bleibt als deutsche Enklave bestehen, die sich jedoch nur auf die Einwohner beschränkt und nicht Gemeindegüter einschließt, die in dem abzutretenden Teil des Kreises Mönchau liegen. Die Eisenbahnen und die dazu gehörenden Gebäude sowie das von ihr durchfahrene Gebiet der deutschen Enklave werden belgisches Eigentum.

### Die Opfer von Ulm.

Stuttgart, 23. Juni. (W.B.) Bei den gestrigen Unruhen in Ulm wurden sechs Polizisten zum Teil sehr erheblich verwundet. Auf Seiten der Demonstranten sind fünf Tote zu beklagen. Die Zahlen sind noch nicht endgültig festgestellt. Aus Ravensburg werden zwei Tote und 20 Verwundete gemeldet.

Stuttgart, 23. Juni. (W.B.) Zur Wiederherstellung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung hat das Staatsministerium im Oberamtsbezirk Ulm den Belagerungszustand eingeführt.

### Der Kampf um Ost- und Westpreußen.

Gelsenkirchen, 23. Juni. Die Arbeitszentrale im rheinisch-westfälischen Industriegebiet für die Abstimmung in Ost- und Westpreußen mit dem Sitz in Gelsenkirchen, trifft die letzten Vorbereitungen für die Reise der Abstimmungsberechtigten in die Ostmark. Nicht weniger als 71 000 Männer und Frauen haben sich hier zur Teilnahme an der Abstimmung gemeldet. Bis zum 30. Juni werden von der hiesigen Zentrale täglich etwa 3000 Abstimmungsberechtigte in Zügen des öffentlichen Verkehrs nach Swinemünde abgefahren und von dort auf dem Seewege in das Abstimmungsgebiet gebracht. Die starke polnische Agitation, die im Industriegebiet mit allen Mitteln gegen die Abstimmung arbeitet, erfährt scharfe Ablehnung.

### Die Polen geben die Durchfahrt der Abstimmungsberechtigten Ost- und Westpreußen frei.

Berlin, 23. Juni. (W.B.) Dem deutschen Geschäftsträger in Warschau wurde vom polnischen Ministerium des Auswärtigen auf Grund der Verhandlungen mit der internationalen Kommission in Allenstein eine Erklärung übergeben, die auch für das Abstimmungsgebiet Marienwerder Gültigkeit haben soll, und in der es heißt: Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Abstimmungsgebiete der Marienwerder und Allenstein in täglich sieben Sonderzügen während eines Zeitraums von 14 Tagen durch das polnische Gebiet zu befördern. Jeder Abstimmungsrechtige, der durch das polnische Gebiet zu fahren wünscht, muß sich durch folgende Papiere ausweisen: a) in einem Abstimmungsausweis, ausgestellt von der dafür zuständigen Kommission, b) durch einen Personalausweis mit Photographie. Die Abstimmungsausweise werden bei der Kontrolle gestempelt. Waffen dürfen nicht mitgeführt werden. Die Durchfahrt erfolgt auf der Strecke Königsberg—Dirschau—Marienburg. Die Züge bleiben während der Durchfahrt durch das polnische Gebiet geschlossen. Den Reisenden ist verboten, während des Aufenthaltes die Züge zu verlassen. Die Durchfahrt Abstimmungsrechtiger, die schon vorher in Schleswig vom Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht haben, ist nicht gestattet. Die im polnischen Gebiet wohnenden deutschen Staatsangehörigen genießen dieselben Rechte wie die polnischen Staatsbürger. Die obigen Bestimmungen gelten auch für den Rücktransport der Abstimmungsrechtiger nach der Abstimmung.

## Lodernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

1) (Nachdruck verboten.)

Stumm stiegen sie die Treppe hinauf. Daniela bleich, ihr Mann mit schlüchziger Ermüdung in den Zügen, eine nervöse Rote auf den Wangen.

Ihre Wohnung lag im ersten Stockwerk eines modernen Neubaus, war groß, behaglich und elegant, wie es sich für einen jungen strebsamen Arzt, der bereits ansehnliche Praxis und zudem eigenes Vermögen besaß, ziemte.

„Dr. Egon Heidlof, Dozent, Frauenarzt.“ Danielas Blick ruhte nachdenklich auf dem blanken Messingchild, während ihr Mann die Wohnungstür aufschloß.

Wie hatte sie sich vor einem Jahre gefreut, als er sie hier zum erstenmal als junge Frau über die Schwelle führte und ihr das Schild zeigte.

„So heißt du jetzt: Frau Dozent Heidlof!“

Wie war sie stolz darauf gewesen und glücklich! Es klang so hübsch! Aber das Beste war doch, daß sie einander so rätend liebten.

Und nun — ach Gott! Daniela unterdrückte einen Seufzer. Mit finsterner Miene betrat sie den Flur, wo ihnen das Mädchen in weißer Labkhut und Häubchen mit freundlichem Gruß entgegenkam.

„Guten Abend, Fanny,“ sagte Daniela matt und huschte dann gleich in ihr Schlafzimmer, ohne sich um den Gatten weiter zu kümmern.

Egon Heidlof trat in das Speisezimmer. Ah, hier wars behaglich warm. Die imitierten Holzblöcke im Gasaminstrahlen in roter Glut. Ueber dem laubigen und appetitlich gedachten Abendisch leuchteten die durch rosarote Seidenschirmchen abgeblendeten elektrischen Lichter. Dide Pfeffer-teppiche dämpften den Schritt, lagen über Polstermöbeln und Kissen in schwerem Faltenwurf an den Türen.

Auf dem Tische — zwischen einer geöffneten Sardinienbüchse, Raviarbrötchen und anderen kleinen Vorräten — standen in einem kleinen Reichtum duftende Mimosen.

### Die deutsche Sprache in Dänisch-Schleswig.

Kopenhagen, 23. Juni. (W.B.) Der Ministerpräsident brachte heute im Reichstag 78 Gesetzentwürfe ein, die sämtlich auf die Einverleibung der ersten Zone in Dänemark, daß die Amtssprache dänisch sei. Deutsch könne je-mal Bezug haben. Bei der Vorlegung des Entwurfs über die Sprachfrage in Nord-Schleswig erklärte der Ministerpräsident, daß in Fällen gebraucht werden, wo die Anwendung der dänischen Sprache auf Schwierigkeiten stöße. Nach der Vorlage über die Regelung des Schulwesens kann die Einführung der deutschen Unterrichtssprache in den Gemeinden gefordert werden, wo zehn Prozent der Bewohner dies verlangen.

### Um Deutschostafrika.

Brüssel, 23. Juni. (W.B.) Nach der „Derniere Heure“ ist zwischen Frankreich und Belgien ein Abkommen betreffs Deutsch-Ostafrika abgeschlossen worden, daß den belgischen Kolonien nach den Grundzügen eines freien Transit-handels unter Fortfall aller Zollschranken eine Verbindung mit dem Indischen Ozean durch die Rußbarmachung der großen Eisenbahnlinie Dar-es-Salaam—Kigoma mit den Abzweigungen an den beiden Enden und durch die Errichtung von Freihäfen eröffnet.

### Die ungarische Regierung wehrt sich gegen den Boykott.

Budapest, 23. Juni. (W.B.) Ungarisches Korrespondenz. Die ungarische Regierung richtete heute an den internationalen Gewerkschaftsverband in Amsterdam ein Telegramm, in dem die Forderungen, auf Grund welcher der Boykott beschloß, gefast worden sei, auf Unwahrscheinlichkeiten oder Mißverständnissen beruhten. Die ungarische Regierung habe alles getan, um in diesem Lande die Ruhe vollständig wieder herzustellen und zu sichern. Die Durchführung des Boykottbeschlusses habe jedoch die Regierung vor eine neue Lage gestellt, denn die deswegen eintretende Erörterung könnte die Erregung wieder zu stärkerem Ausfließen bringen. Die vielleicht eintretenden Entbehrungen würden am stärksten die industrielle Arbeiterschaft und die Bevölkerung der Städte treffen. Die ungarische Regierung tue natürlich auch weiter alles zur Sicherung der Ordnung und für den Schutz der vollen persönlichen Freiheit jedes Staatsbürgers. Wenn dies nicht vollkommen gelingen sollte, müsse die Regierung die Verantwortung hierfür auf diejenigen wälzen, welche unbedachterweise das vielgeprüfte Ungarn in neue Verwirrung stürzen wollten.

### Ungarischer Grenzboykott.

Budapest, 23. Juni. (W.B.) Der von den sozialistischen Gewerkschaften des Auslandes ins Werk gesetzte Boykott gegen Ungarn macht sich nur in äußerst geringem Maße fühlbar. Gegen Österreich schloß seit Sonnabend um Mitternacht ungarischerseits der schärfste Grenzboykott ein.

Wien, 23. Juni. (W.B.) Im Zusammenhang mit dem Boykott gegen Ungarn wurde auch der Personenverkehr nach Ungarn auf der Südbahnstrecke mit dem gestrigen Tage eingestellt. Der Güterverkehr der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft ruht seit zwei Tagen völlig. Die „Arbeiterzeitung“ und die „Volkszeitung“ melden den Anschlag des Reichsverbandes der Bankbeamten an die Boykottbewegung.

### Englische Vorkäufe.

Amsterdam, 23. Juni. (W.B.) Wie der „Telegr.“ meldet, hat die englische Regierung bis Ende März für Zwecke des Wiederaufbaues und der Linderung der Not in Belgien 4 995 000, in Österreich 3 794 000 in Serbien 1 156 000 und in Polen 200 000 Pfund Sterling vorgeschossen.

### Die Blutopfer in Irland.

London, 23. Juni. (W.B.) Bonar Law gab im Unterhause bekannt, daß bei den Zusammenstößen in Londonderry neun Zivilpersonen getötet und 15 bis 20 verwundet worden sind. Brigadegeneral Campbell hat Befehl ver-lassen. Er besitzt die nötigen Vollmachten, um Ordnung zu schaffen. Immerhin glaubt man, daß die lokalen Streitkräfte der Lage Herr werden können.

### Generallstreik in Mailand.

Mailand, 23. Juni. (W.B.) Der Generallstreik hat sich auf die ganze Stadt ausgedehnt, trotz gegenteiligen Beschlusses der sozialdemokratischen Vertrauensleute. Von monarchistischen Elementen wurden heute morgen die Stadtausgänge besetzt und die Straßenbahnen zur Umkehr in die Hallen gezwungen. Die Fabrikarbeiter konnten infolgedessen ihre Arbeitsstätten nicht erreichen. Der Eisenbahnstreik dauert weiter an.

Der junge Arzt nahm all dies mit mechanischem Blick in sich auf und die nervöse Rote auf seinen Wangen wich allmählich. Händeringend schritt er in dem Gemach auf und ab. Es war doch so schön im eigenen Heim, wo Sauberkeit, Ordnung und Gehmach das Szepter führten! Das verdankte er Daniela. Nicht jede Frau — nein, nur wenige verstanden es, ihrem Mann einen so hübschen behaglichen Anstrich zu geben. Wie oft hatte er sich dies früher aus-gemerkt, wenn er mit Kollegen in rauchigen Restaurantsräumen lag — bei der Jagd nach dem — schlechten Essen hinunter würgte und nur nicht hinging, weil seine unwirkliche Junggesellenrunde so gar nichts Ansehendes hatte: Bis ich nur erst verheiratet bin! Und ihr liebes Köpfchen mit der Tsch gegenüber sitzt, lachend, plaudernd mit seinem strahlenden Frohsinn die ernstesten Eindrücke des Tages ver-wischend.

Ja, ganz so wars ja nicht geworden — außer in der allerersten Zeit. Das kleine Köpfchen hatte zuweilen wunder-liehe Pönnen.

Zum Beispiel heute! Er konnte wieder einmal beim besten Willen nicht begreifen, was Daniela eigentlich so e-reimint hatte? Sie hatte sich doch so sehr für den Vortrag interessiert, den er im Volkshilfsverein hielt. In bester Stimmung waren sie vor zwei Stunden hingefahren und wäh-rend er dann sprach, hing ihr Blick unverwandt an ihm, obwohl sie ja jedes Wort schon vorher auswendig wußte. Ganz plötzlich, wie vom Himmel geschneit, kam dann dieses kalte Glitzern in ihre dunklen Augen, das ihn immer so reizte. Ihre Mundwinkel zuckten sich, ein abweisender Zug be-herrschte das hübsche Gesicht, sein Wort kam mehr über ihre Lippen.

In solchen Momenten war es immer, als lebten sie beide weltfremd voneinander getrennt.

Immerhin — Dr. Heidlof warf den blonden Siegfriedslopf energisch zurück — etwas wirklich Ernstes konnte es doch gar nicht sein. Man würde sich aussprechen und alles war gut. Wenn sie nur erst endlich käme! Ungebuldig blickte er nach der Tür. Er war müde und hungrig. Er lebte sich auch nach Verbesserung mit Daniela — was trö-delte sie nur so lang mit dem Umkleiden herum? Ah — endlich Schritte auf dem Korridor.

### Neue Ausbreitungen in Mailand.

Mailand, 23. Juni. Die erregte Streikstimmung führte am Mittwoch in Mailand zu neuen Ausbreitungen und zu Zusammenstößen. Ein Polizeiwachmeister wurde von Anarchisten mit Kolbenschlägen getötet. Ein Arbeiter wurde durch Gewehrschüsse der Polizei getötet und andere verletzt. In einem Vorort wurde ein im Automobil durchfahrender Industrieller von Maffand angehalten und durch Revolverschüsse verletzt. Die Menge versuchte darauf die Kaserne zu stürmen, was ihr jedoch nicht gelang.

### Die griechische Waffenhilfe für die Allierten.

London, 23. Juni. (W.B.) Reuter nach einer Blät-termeldung aus Boulogne, hat Lloyd George mitgeteilt, daß die griechische Hilfe für die Allierten sich auf eine Division beschränke, welche die britischen Interessen in der Gegend von Ismed bei Konstantinopel verteidigen werden.

## Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 25. Juni 1920.

Die Tuberkulose-Ausstellung wird, wie nunmehr bestimmt feststeht, am Samstag, den 26. Juni, nachmittags 3 Uhr in der großen Turnhalle an der Marktstraße feierlich eröffnet werden. Die Ausstellung, die von der Gärtnerei für Jungentranten des Arches Limburg ver-anstaltet wird, dauert vom 26. Juni bis 3. Juli und ist geöffnet an Wochentagen von 10 bis 6 Uhr, an Sonntagen von 11 bis 5 Uhr. Werktags von 11 bis 12 Uhr und von 5 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr und von 4 bis 5 Uhr finden belehrende Vorträge über Tuberkulose statt. Der Eintritt kostet nur 20 Pf.; eine Dauerkarte kostet eine Mark; für Schulen ist der Eintritt ganz frei. Die Eintrittspreise sind also so niedrig als möglich gestellt, denn der Zweck der Ausstellung soll keineswegs das Be-streben sein, eine möglichst hohe Einnahme zu erzielen, son-bern die Hauptsache ist, daß allen Schichten der Bevöl-kerung der Besuch der interessanten und nützbringenden Aus-stellung ermöglicht wird. Deshalb wird man sich auch be-mühen, für auswärtige Schulen, Vereine usw. besondere Effen-bahn-Fahrtpreismäßigungen zu erlangen; denn die Aus-stellung wird ihrer Aufgabe nicht ganz gerecht, wenn sie sich nur auf den Kreis Limburg beschränken wollte. Es müssen vielmehr weitere Kreise in ganz Nassau für die-selbe Gelegenheit, die sich hier in Limburg bietet, inter-es-siert werden.

Wichtig für Kriegsschädigte. Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 8. Mai 1920 dürfen, nachdem mit dem 1. April 1920 die Entmilitarisierung durchgeführt worden ist, Militärjahren von den Versorgungsbedürfnissen nicht mehr ausgestellt werden. In den Fällen, in denen nach den bestehenden Bestimmungen bis-her Militärjahren veranschlagt wurden, werden künftig die Kosten für Fahrkarten dritter Klasse des gewöhnlichen Be-lehrs vergütet.

Pakverordnung für die Einreise nach Do-neschien! Das französische Konsulat in Breslau, Marktstraße 3/5 gibt bekannt: Die Internationalisierte Regierung und Plebiszitkommission von Oberschlesien hat beschlossen, daß vom 1. Juni 1920 ab niemand in das Abstimmungsgebiet gelangen kann, ohne mit einem Paß oder Personalausweis versehen zu sein, der von der Regierung seines Heimatlandes bezw. der zuständigen Kreispolizeibehörde ausgestellt ist und das Visum der französischen Konsulatsbehörde, in deren Bereich er wohnt, trägt. Eine amtlich festgesetzte Gebühr, die auf die Hälfte des Staatskanzleiarzts herab-gesetzt ist, von 35,50 Mark wird für das erste Visum er-hoben. Die folgenden Visen sind zum Ablauf der Ver-gültigkeit und werden gratis verteilt. Ein kostenloses Visum wird erteilt für alle Personen, die eine Bescheinigung der deutschen Behörden erbringen, daß das Zahlen dieser Ge-bühr ihnen Schwierigkeiten verursacht. Das Visum wird eben-falls kostenlos erteilt an die Lazarette und Wohltätigkeits-anstalten. Die Staatsbeamten, die in dienstlicher Angelegen-heit einreisen, brauchen auch nichts zu bezahlen. Zu der-Verfügung der deutschen Behörden steht die Bescheinigung der Be-zugsberechtigten der heimatsortlichen Oberbehörden als Ergän-zung. Vorstehende Bekanntmachung bezieht sich nicht auf die Ein-reise zur kommenden Volksabstimmung. Den Abstimmungs-berechtigten werden zur Zeit besondere Visums durch Be-mittelung der genannten Heimatverbände zugestellt, die voll-ständig kostenlos sind. Die neue Verfügung gilt nur

Aber es war nur Fanny, die den Kopf zur Tür herin-lickte und fragte, ob sie schon schlafen dürfe?

„Wo ist meine Frau — Fanny?“

„Im Schlafzimmer, Herr Dozent.“

„Nicht jetzt fertig mit dem Umkleiden?“

„O doch — ich glaubte schon ...“

Egon Heidlof runzelte die Stirn — „Aha, sie tröste-Wartete darauf, daß er sie holen kam! Wie lästig und ermüdend diese sich immer wiederholenden Szenen waren!“

„Warten Sie noch mit dem Auftragen, bis ich fertig-lage er unwirsch. Dann ging er hinüber ins Schlafzimmer.“

Dort war es dunkel. Aber die Bogenlampe vor der Straße unten beleuchtete Danielas schlanken Oberkörper hell und deutlich. Sie lag am Fenster, hatte den Kopf in die Hand geklopft und räusperte sich nicht, als ihr Mann eintrat.

Er hatte eigentlich in liebevollem Ton reden wollen. Aber es kam nun merkwürdig ungeduldig heraus: „Was soll Daniela? Was tust du hier? Warum kommst du nicht ins Essen hinüber?“

Ein schwerer Seufzer: „Weil mir der Appetit er-gangen ist!“

„Dach man fragen — warum?“

„Das wirst du wohl selbst am besten wissen!“

„Nein, ich weiß es nicht!“

„Um so trauriger. Wenn ein Mann nicht einmal das Gefühl dafür hat, daß er seine Frau vernachlässigt —“

„Ich hätte dich vernachlässigt? Ich? Du träumst wohl Daniela! Wann denn? Woher?“

„Ach, du tust es ja immer in der letzten Zeit! Du merkst es gar nicht mehr. Aber heute nach dem Vortrag war es besonders traurig, alle Welt muß es bemerkt haben und ich schämte mich so — o Gott, ich bin so unglücklich!“ Sie brach in Tränen aus.

Er war einen Augenblick sprachlos. Dann gewann die Ungebuld wieder Oberwasser.

„Mißt du nicht wenigstens so gütig sein, dich deutlich auszusprechen und mir zu sagen, was ich nach deiner Meinung wieder verbessern habe?“ sagte er mit mühsam unterdrückter Gereiztheit.

(Fortsetzung folgt.)



Einreise mit dem Abstimmungsgesetz ein, in diesen Fällen aber auch für Stimmberechtigte, wahrscheinlich aber auch während und nach der Abstimmung für Nichtstimmberechtigte.

Ein Einbruch wurde in der vorletzten Nacht in die Büroräume der Firma Alois Anton Hilt, Inhaber von Kaffeehaus, verübt. Den Dieben fiel eine „National-Kassette“ mit einem geringen Geldbetrag in die Hände. Die Kassette war 40x40x20 groß und hat fünf Ecken.

Der Landwirtschaftslammer für die Provinz Hessen-Kassel wurde von der Landwirtschaftslammer für die Provinz Schlesien mitgeteilt, daß das Deutschtum in Oberschlesien durch national-polnische Hege außerordentlich bedrängt werde. In letzter Zeit versuchen sie, die Landbevölkerung besonders in wirtschaftlichen Mitteln zu tödnen. Sie liefern den Landwirten landwirtschaftliche Bedarfsstoffe, und zwar zu anderen billigeren Preisen als die Höchst- und Tagespreise. Die Empfänger dieser Dinge muß sich dann selbstverständlich verpflichten, das polnisch-politische Programm anzuerkennen. Die Landwirtschaftslammer für die Provinz Schlesien hat an die Landwirtschaftslammer für die Provinz Hessen-Kassel, gemäß dieser Agitation der Polen dadurch entgegenzuwirken, durch aus dem Innern Deutschlands die bedrohten Bezirke ebenfalls zu billigen Preisen mit gutem Jung- und Zuchtvieh, etwa Ferkeln, Ziegen, und Schafslämmern beliefert werden. Der Vorsitzende der Landwirtschaftslammer Kassel betont, es sei nationale Pflicht aller Deutschen, ihre Brüder in Oberschlesien in dem heißen Kampfe gegen das Polen-tum weitgehend zu unterstützen und so zu verhindern, daß dieses große wertvolle Gebiet dauernd für das Deutschtum verlorengehe.

Anrechnung der Naturalbezüge beim Steuerabzug. Ab 1. 3. hat nach § 45 des Einkommensteuergesetzes der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten. Als Arbeitslohn gelten nach § 5 des Gesetzes außer Lohn auch Natural- und sonstige Sachbezüge. Der Wert dieser Bezüge ist gemäß § 37 des Gesetzes nach den örtlichen Mittelpreisen anzusetzen. Um diesen Vorschriften gerecht zu werden, schreiben die Ausführungsbestimmungen vor, daß, soweit nicht in Lohnarbeits Verträgen getroffen worden, die von den jeweils zuständigen Versicherungsämtern aufgrund der Reichsversicherungsordnung festgesetzten Ortspreise maßgebend sein sollen. Nun hat es sich aber herausgestellt, daß die Versicherungsämter den außerordentlich schwankenden Preisen der Lebenshaltung nicht überall und nicht gleichmäßig gefolgt sind, so daß die aus obigen Bestimmungen resultierende große, sachlich nicht gerechtfertigte Unterschiede aufweisen. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung erfordert es, daß für die Bewertung der Natural- und sonstigen Sachbezüge einheitliche Grundätze aufgestellt werden. Der Reichsfinanzminister entschloß sich daher zu der Anordnung, daß bei dem Steuerabzug von dem Arbeitslohn, der bekanntlich am 25. Juni in Kraft tritt, die Natural- und sonstigen Sachbezüge nicht in Anrechnung kommen sollen. Die Abrechnung dieser Bezüge soll v. m. h. erst am 1. August und zwar mit Wirkung von diesem Tage ab in Kraft treten. Wo also der Gesamtlohn des Arbeiters gleichzeitig aus Barlohn und Naturalbezüge besteht, wird der Abzug bis zum 1. 8. lediglich vom Barlohn und erst von diesem Tage ab vom Naturallohn vorgenommen.

Präsident Ebert und die Sattler. Der Reichspräsident Ebert war von der Verwaltungsstelle Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuillier aus dem Verband, dem er seit vielen Jahren als Mitglied angehört, ausgeschlossen worden, weil er mehrere Todesurteile aus Anlaß der Räterevolution bestritten hatte. Ebert protestierte beim Ausschuss des Verbandes gegen den Ausschluss und wurde jetzt, wie d. r. „Vorwärts“ meldet, wieder in seine alten Mitgliedsrechte eingestuft.

Frankfurt, 23. Juni. Ein Schwindler. Den staatsanwaltlichen Klagschlichter markierte der Berliner Gustav Halbritter aus Wilmersdorf, der mit Orden geschmückt und falschen Papieren versehen, auf der Straße Postkarten feilbot. Jetzt wurde der Schwindler entlarvt und wieder spießend gemacht.

Frankfurt, 23. Juni. (Die Schinken des fahrenden Sängers.) Um eine Anstellung für sein verführtes Klavier zu bekommen, versil ein aus Hanau gebürtiger Sänger, der zuerst an der Kieler Oper angestellt war, auf das denkbar schlechteste Mittel. Er ließ nach verschiedenen mißglückten Versuchen in einem Metzgerladen einen seltsamen Schinken unter seinem wackelnden Mantel verschwinden, wurde aber natürlich in seiner Anständigkeit sofort erwischt. Der arme Bursche, der gerade nach längerem Aufenthalt aus dem Krankenhaus gekommen war, wurde vom Gericht möglichst milde mit zwei Wochen Gefängnis beurteilt, es wird ihn jedoch der bedingten Begnadigung empfehlen.

Frankfurt, 23. Juni. Eine Massenverammlung gegen die Zwangswirtschaft tagte gestern im großen Saale des zoologischen Gartens. Alle interessierten Gewerbe, Stände und Korporationen waren vertreten. Der Vertreter des Viehhändlerverbandes, Daniel Koblentz führte aus, daß das Schieberlump eine Folge der Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung sei. Er glaubte versichern zu können, daß es möglich sei, wenige Wochen nach Aufhebung der Zwangswirtschaft das Pfund Fleisch zu 8 Mark zu liefern. Der Vertreter des Hausfrauenbundes, Generalsekretär Baum, erklärte die Zwangswirtschaft für eine reine Personentfrage, weil die Inhaber der Posten an ihren Stellen hielten. Generalsekretär Kraus sprach für die hessischen Landwirte, die 41.000 Mann stark, die Aufhebung der Zwangswirtschaft forderten. Er sagte: Die Landwirtschaft ist die Mutter des Staates und muß als solche erhalten werden. Nur durch den Abbau der Zwangswirtschaft kann die Produktion wieder gehoben werden. Darum fort mit der Zwangswirtschaft! Es sprachen noch Vertreter der Fleischwirtschaft, des Handels, des Mittelstandes, der Hausfrauen und der Gastwirte. Zum Schluss wurde eine Resolution angenommen, die nochmals in dem Rufe gipfelte: Fort mit der Zwangswirtschaft!

Niederlahdein, 24. Juni. Eine Schildkröte fand Landwirt Krahmann von hier in seinem Garten auf Rasen. Die Seltenheit für unsere Gegend.

Bittau, 23. Juni. Auf offener Straße niedergebrosen wurde gestern in dem benachbarten Reichenberg ein Politz, als er einen Unbekannten, der gekochte Wäsche verkaufte, festnehmen wollte. Der Verbrecher, der entkommen ist, ferner zwei Schüsse gegen den Beamten, der kaum am Leben bleiben dürfte.

Berein bestrafter Bäckermeister. Dieser Verein, dessen Titel eine Verhöhnung der Geseze bedeutet, wurde in Köln gegründet.

Prügelstrafe für Wucherer. Der „Bitter Lloyd“ berichtet, daß der ungarische Justizminister jedoch im Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf eingebracht hat, der für Wucherer, Kettenhändler und Schieber außer der Freiheitsstrafe eine Prügelstrafe bis zu 25 Stockhieben für zulässig erklärt. Diese Prügelstrafe soll allerdings nur für Männer gelten; Frauen, die wuchern, will man gütlicher Weise damit nicht bedrücken!

Der Abbau der phantastisch hohen Weinpreise hält im ganzen rheinischen Weinbaugebiet an und wächst sich für manchen Spekulant zu einer wirtschaftlichen Katastrophe aus. Weine, die vor wenigen Wochen noch durchweg ihre 25—30.000 Mark kosteten, wären schon heute für den halben Preis zu haben, wenn sich Käufer dafür finden würden. Daran fehlt es aber gerade, denn alle Interessenten, der Käufer sowohl wie der Produzenten und Händler, hat sich eine große Unsicherheit und Unruhe bemächtigt, so daß trotz der sehr stark sinkenden Preise das Weingeschäft im allgemeinen recht flau ist. Selbst die Winzer, die bisher mit dem Verkauf hartnäckig zurückhielten und darauf pochten, daß sie auf die „Papierpreise“ nicht angewiesen seien, wurden jetzt unruhig und suchen abzusinken, so gut es noch geht. Die Wirkungen des rapiden Preissturzes im Weinhandel machen sich erschütternd auch bereits da und dort in den sinkenden Ausschankpreisen der Weinwirtschaften bemerkbar. Namentlich dort wo der Wein, wie dies in sehr vielen rheinischen Weinorten der Fall ist, in der Hauptkuche sein eigenes Gewächs verzapft, ist heute d. r. Halbe schon zu 3 Mark zu haben, während er vor wenigen Wochen noch allgemein seine 5—5 Mark und mehr kostete. Es winkt somit die Hoffnung, daß auch das Schöpfchen Wein wieder mal ein erreichbarer Genuss für den gewöhnlichen Sterblichen wird.

Das neue Berlin die größte Stadt der Welt. In dem urp. anglichen G. s. n. u. r. j. für die Enklavegemeinde: Groß-Berlin war die Fläche der neuen Stadtgemeinde mit 756 Quadratkilometer angegeben. Nachdem die prunkhafte Landesverammlung sowohl im Osten wie im Westen die umfangreichen Dauerwälder des Zweckverbandes in das neue Berlin einbezogen hat, ist jetzt der Flächeninhalt der Enklavegemeinde auf nicht weniger als 877,66 Quadratkilometer festgestellt worden. Mit dieser gewaltigen Größe steht die neue Reichshauptstadt an der Spitze aller Gemeinden der Erde. Zum Vergleich sei angeführt, daß New York 840 Quadratkilometer umfaßt, und erst in weitem Abstand dahinter folgen Paris mit 489 Quadratkilometern, London mit 303 Quadratkilometern und Wien mit 275 Quadratkilometern.

Der neue deutsche Reichsadler und die Fachzoologen. In der letzten Sitzung der „Gesellschaft naturforschender Freunde zu Berlin“ gab es eine originelle Debatte. Nachdem die üblichen gelehrten Vorträge gehalten worden waren, ließ eines der Mitglieder den neuen deutschen Reichsadler, den er aus einer illustrierten Zeitung ausgeschnitten hatte, durch das Epithelion als Lichtbild an der Wand erscheinen und legte dergelehrten Versammlung die Frage vor, für welches Tier sie dieses Gebilde wohl hielten. Er selbst sei der Meinung, es erinnere noch am meisten an einen „erschrodrenen Papageien“. Es wurde dann in Aussicht genommen, eventuell vom zoologischen Standpunkte aus gegen dieses Kind der Heraldik Protest einzulegen. Zwar dürfte die Kunst ziemlich frei Bahnen wandeln, aber auch vom Künstler verlange man, daß er gegen die Anatomie nicht geradezu anlumpfe. Das sei unbedingt ein „zoologischer Unfug“, was man hier sehe. Durch die übertriebene Größe des Schnabels sehe sich das Tier von vornherein darüber hinweg, für einen Adler gehalten zu werden. Auch seien Flügel und Schwanz derart gebildet, daß dies allen Gelehrten der Anatomie widerspreche. In der Versammlung, die von vielen führenden Zoologen Berlins besucht war, fand sich niemand, der für den neuen deutschen Reichsadler ein gutes Wort eingelegt hätte.

## Gerihtsfaal.

Aus der Praxis der Kriegsgefangenen. Die Reichsprovisionen des Prokuristen Hans Plate von der Reichsstelle für Gemüse und Obst bildeten den Ausgangspunkt einer Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes, die den Direktor der Versicherungsgesellschaft „Allianz“, Grumbt, vor die Berliner Strafkammer führte. Der frühere Versicherungsagent Plate war bis Ende August 1918 Prokurist der Reichsstelle für Gemüse und Obst. Er war dort zunächst bei der Kasse und Buchhalterei beschäftigt und wurde später Prokurist. Er war gleichzeitig Agent der Versicherungsgesellschaft „Allianz“. Plate vermittelte die Versicherungen zwischen der Reichsstelle und der „Allianz“. Es wurde auch bei anderen Versicherungsgesellschaften von der Reichsstelle angefragt, doch wurden die umfangreichen Transportversicherungen zunächst nur der „Allianz“ zugewiesen. Die Verhandlungen für die „Allianz“ führte der Angeklagte Grumbt. Die Versicherungsgesellschaft „Allianz“ gewährte Plate für sich persönlich eine Provision von 15 vom Hundert. Dieser Satz wurde später ermäßigt. Nach der Befundung des Direktors Rohlemann von der Reichsstelle erreichten die zu zahlenden Prämien ganz enorme Höhen, die bis zu 1.681.000 Mark, in einem Falle sogar bis auf 13.309.000 Mark emporstiegen. Plate erhielt im Laufe der Jahre von der „Allianz“ im ganzen 1 1/4 Millionen Mark an Provisionen. Im Laufe der Zeit ist dann die Reichsstelle bei dem Gewinn der „Allianz“ beteiligt worden. In dieser finanziellen Transaktion Plates in seiner Stellung als Angestellter der Reichsstelle erblickte der Verein gegen das Bestechungswesen eine Annahme von Bestechungsgeldern im Sinne des Paragraphen 12 des Wettbewerbsgesetzes und stellte Strafantrag gegen ihn. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt, weil auf Plate als Kriegsbeschädigter die Amnestie Anwendung fand. Daraufhin wurde das Verfahren gegen Direktor Grumbt anhängig gemacht, der zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

## Amtlicher Teil.

(Nr. 143 vom 25. Juni 1920.)

### Verlautbarung

Vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch den vereinigten Landesausschuss erkläre ich mich hierdurch damit einverstanden, daß auch für solche Kinder Entschädigungen aus dem mit unterstehenden Kindvieh-Entschädigungsfonds gezahlt werden, bei denen von dem Besitzer zur Notzuschlagung geschritten wird, weil eine dauernde Abheilung der Maul- und Klauenseuche nicht zu erwarten steht, oder bei denen ihr baldiges Eingehen aus Anlaß der Seuche zu befürchten ist. Voraussetzung für die Gewährung der Entschädigung ist jedoch, daß nach der Notzuschlagung von dem Kreisarzt an dem Tiere Maul- und Klauenseuche in vorgeschrittenem Zustande festgestellt wird.

Auf die nach der Feststellung der Seuche zu gewährende Entschädigung kommt der Erlös für das notgeschlachtete Tier zur Antehnung. Die freistellende Untersuchung, die Aufstellung der Zerlegungsniederschrift, die Abschätzung pp. hat in der für gefallene Tiere vorgeschriebenen Weise zu erfolgen. Der Schätzungsverbandung ist eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde über die Höhe des Erlöses beizufügen.

Den Inhalt dieses Schreibens ersuche ich in dem dortigen Kreisblatt alsbald und dann bis auf weiteres alle 14 Tage bekannt zu geben.

Wiesbaden, den 21. Juni 1920.

Der Landeshauptmann.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Die Schlachtung der Tiere erfolgt immer im Seuchengehöft. Nach der Schlachtung kann das Fleisch bis zur freistellenden Untersuchung in Rühräume oder in benachbarte Schlachthäuser gebracht werden. Köpfe und Füße müssen unter allen Umständen im Seuchengehöft aufbewahrt werden, damit die Seuchensfeststellung zwecks Beantragung der Entschädigung erfolgen kann. Nach der Schlachtung haben die dabei beteiligten Personen eine Desinfektion ihres Schuhwerks vorzunehmen. Dem Herrn Kreisarzt ist in jedem Falle durch Depesche (nicht Telefon) sofort Mitteilung zu machen.

Diese Notzuschaltungen müssen wie alle Notzuschaltungen telefonisch dem Kreiswirtschaftsamt nach der Beschau angezeigt werden.

Limburg, den 24. Juni 1920.

L. 2108.

Der Landrat.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Bis zum 5. Juli ist an den Herrn Kreisarzt zu berichten, wieviel Seuchställe im vergangenen Vierteljahr an Klauenseuche verstorben waren und wie hoch der Gesamtviehbestand an Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen in diesen Seuchställen war.

Limburg, den 24. Juni 1920.

L. 1632.

Der Landrat.

### Die Herren Bürgermeister

in Alsbach, Dietrichen, Dorheim, Eisenbach, Elchhofen, Faulbach, Haulen, Heringen, Heuchelheim, Kirsberg, Lahr, Linter, Malmeneich, Mensfelden, Mühlbach, Neesbach, Niederbreichen, Niederhamar, Niederfellers, Niederwenger, Niederzeulheim, Oberbreichen, Oberfellers, Oberwenger, Offheim, Ohren, Stettbach, Waldmannshausen, Wersbach und Würges werden hierdurch an die Erledigung meiner Rundverfügung vom 15. Mai 1920, betreffend Bewilligung eines jährlichen Zuschusses für die Kreisfürsorge für Lungentranke erinnert.

Becher Termin: 10. Juli 1920.

Limburg, den 25. Juni 1920.

L. 1.

Der Landrat.

An die Herren kändlichen Standesbeamten des Kreises.

Der Termin zur Erledigung der Verfügung vom 3. Mai 1915, Kreisblatt Nr. 205, betreffend Einreichung einer Nachweisung über die in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1920 deklarierten Kriegstodesfälle, soweit sie nicht durch den Herrn Regierungspräsidenten angezeigt sind, läuft am 5. Juli 1920 ab.

Limburg, den 22. Juni 1920.

A. A. Nr. 2021.

### Betrifft Kohlenversorgung.

Gemäß § 7 der Bekanntmachung des Kreisauusschusses, betreffend Durchführung der Kohlenversorgung im Versorgungsbezirk Limburg-Land vom 12. Mai 1920 (Kreisblatt Nr. 109) sind bis zum 30. eines jeden Monats die vorgeschriebenen Bezugsschein-Kontrolllisten dem Kreis-Wirtschaftsamt vorzulegen.

Ich erwerbe, daß die ordnungsmäßig geführten Listen bestimmt am 30. Juni dem Kreis-Wirtschaftsamt vorliegen und weise ausdrücklich auf die Folgen hin, welche die Veräumnis der Frist mit sich bringt.

Limburg, den 23. Juni 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Kreises Limburg.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Der Regierung in Wiesbaden ist eine Bezirksberatungsstelle für Kriegerehrung und Kriegsergräberfürsorge angegliedert worden.

Die Aufgaben und Ziele pp. dieser Stelle sind in dem von ihr herausgegebenen Flugblatt, welches ich Ende April vor. Js. (vergl. Verfügung vom 19. April vor. Js., Lgh. L. Nr. 975 — Kreisblatt Nr. 99) überhandt habe, eingehend dargelegt. Die Tätigkeit der Bezirksberatungsstelle erfolgt unentgeltlich.

Ich ersuche, vor Inangriffnahme irgendwelcher Arbeiten, die die Kriegerehrung und Kriegsergräberfürsorge betreffen, an mich zu berichten, damit eine Beteiligung der Bezirksberatungsstelle stattfinden kann.

Limburg, den 1. März 1918.

L. 197.

Der Landrat.

Wird wiederholt veröffentlicht.

Limburg, den 18. Juni 1920.

L. Nr. 2404.

Der Landrat.

### Israelitischer Gottesdienst.

Freitag abend 8 Uhr. Samstag morgen 8 Uhr. Samstag nachmittag 3 Uhr 30. Sabbat-Ausgang 9 Uhr 40.



# Tuberkulose-Ausstellung zu Limburg (Lahn)

in der großen Turnhalle an der Marktstraße (hinter dem Landgericht, veranstaltet von der Fürsorgestelle für Lungenkranke des Kreises Limburg in der Zeit vom 26. Juni bis 5. Juli 1920.

**Feierliche Eröffnung: Samstag den 26. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr.**

Geöffnet: An Wochentagen von 10 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 5 Uhr. Jeden Werktag von 11 bis 12 Uhr und von 5 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr und von 4 bis 5 Uhr ärztlicher Vortrag und Führung durch die Ausstellung.

Für Vereine, Schulen usw. werden auf vorherige Bestellung (Fernsprecher 87 und 392) besondere ärztliche Vorträge und Führungen veranstaltet (für Vereine auf Antrag gegen ermäßigtes Eintrittsgeld oder freien Eintritt).

Eintrittspreis: Für einmaligen Besuch 20 Pfg., Dauerkarten 1 Mk., für Schulen Eintritt frei. Eintrittskarten für Einzelbesucher nur an der Kasse.

Limburg, den 18. Juni 1920.

Der Ausstellungs-Ausschuss:  
Schellen, Landrat und Vorsitzender.

## Die Verteuerung des Lebensunterhalts

ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Auf vielen Gebieten ist die Kaufkraft des Volkes erschöpft und die meisten stehen vor der unumgänglichen Notwendigkeit, sich weitgehende Einschränkungen aufzuerlegen. Es gibt aber Dinge, die man unter keinen Umständen missen möchte und die man nicht entbehren kann, will man sich nicht Schädigungen aussetzen. Dazu gehört auch die heimatische Zeitung. Jede andere Zeitung kann eher entbehrt werden als das Heimatblatt, in dem nicht nur die großen und kleinen Ereignisse aus der Umgebung gesammelt und mitgeteilt werden, sondern auch alle Verordnungen und Bekanntmachungen enthalten sind, die die eigene Wirtschaft und Haushaltung angehen. Der „Mittliche Teil“ des „Limburger Anzeiger“ ist darum ein rechtes Wertblatt sowohl für den Staats-, Kommunal- und Gemeindebeamten, wie für jeden Familienvater und Haushaltungsvorstand. Er bildet eine wesentliche Ergänzung zu den Nachrichten aus dem politischen Leben, die heute jeden Staatsbürger, Mann und Frau, interessieren. Der „Limburger Anzeiger“ stützt sich auf eine rasche und genaue Berichterstattung, die durch politische und wirtschaftliche Artikel aus berufener Feder eine vortreffliche Erläuterung erfährt. Daneben kommt auch das Gebiet der Unterhaltung zu seinem Recht. Ihm dienen die vermischten Abhandlungen und Betrachtungen aus aller Welt, die reichhaltige Samstagsbeilage und der Romantell, in dem in den nächsten Tagen mit dem spannenden Roman „Lodernde Liebe“ von Erich Eberstein begonnen werden wird.

**Bewahrt Euch Eure Heimatpresse!  
Bestellt den „Limburger Anzeiger“.**

## Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

### Lebensmittelverteilung.

Auf Abschnitt Nr. 206 der Lebensmittelkarte kommen in der nächsten Woche

250 gr **Bollreis** zum Preise von Mk. 6.— das Pfd.  
250 gr **Runkelrübe** „ „ „ 5.25 „ „

zur Verteilung.

Abgabe der Abschnitte an die Geschäfte bis Samstag, Ablieferung durch die Gewerbetreibenden bis Montag mittags. Ausgabe an die Geschäfte Dienstag.

Städtisches Lebensmittelamt.

Die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden läßt am Montag, den 26. Juni vorm. 10 Uhr in Erbenheim (vor dem Gasthaus „Zum Engel“) mehrere

**1-1 1/2 jährige Stutfohlen und eine ältere Zuchtstute mit Fohlen**

öffentlich meistbietend gegen Vorzahlung veräußern. 9(148)



**REX-**  
Einkochapparate,  
Gläser.  
Beste rote Ringe  
billigst.  
**Jos. Brahm,**  
Eisenhandlg. 4(148)

## Prima Apfelwein

abzugeben. 19(126)

Küferei und Weinhandlung

**K. Gemmer,**

Austraße 1. 4, hinter der Turnhalle.

## Wirksames Insetionsorgan

ist der in

**LIMBURG (Lahn)**

im 83. Jahrgang

tägl. erscheinende

Gegründet  
1888.

**„Limburger Anzeiger“**  
Amtl. Kreisblatt.

1888  
gegründet.

**Anzeigenblatt**

für die Bewohner

Limburgs und der Landgemeinden

in u. ausser dem Kreise Limburg.

Bezugspreis **3,60 M.** monatlich.

## Auf nach Staffel!

## Grosses Sportfest

der

## Spielvereinigung Staffel

am Sonntag den 27. u. Montag den 28. Juni

verbunden mit

Fussball- und leichtathletischen Wettkämpfen.

Programm:

ab 8 Uhr Austragung der leichtathletischen Wettkämpfe.

1 Uhr Festzug durch Staffel.

ab 2 Uhr Fussballwettkämpfe, anschliessend Preisverteilung.

ab 3 Uhr:

## Volks- und Tanzbelustigung.

Es ladet ergebenst ein

8(148)

Der Vorstand.

## Bestellen Sie sofort

das Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-  
deutschlands bedeutendste Zeitung:

## Das Hamburger Fremdenblatt

Handels- und Schiffsahrts-Nachrichten  
und Kupfertiefdruck-Beilage  
Rundschau im Bild

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:  
Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):  
monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.—  
Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):  
monatl. M. 7.50, vierteljährl. M. 22.50  
Probenummer kostenfrei n. portofrei.

Auslands- und Wochen-Ausgabe  
des Hamburger Fremdenblatts:

## Deutsche Uebersee-Zeitung

reich illustriert in Kupfertiefdruck

Postbezugspreis:

für Deutschland M. 6.— vierteljährlich.  
Wir versenden an uns aufgegebenen Adressen  
von Auslandsdeutschen Probenummer mit Tarif.

## Deutsche Worte

Tageszeitung

für Lebens-, Wirtschafts- und  
Bodenreform

mit den Beiblättern

Land- und Hauswirtschaft — Gesund-  
heitswarte — Jugendwarte — Der  
Sonntag — Frauenzeitung und täg-  
liches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark

Berlin NW 6.

## Feldhüter-Anzeigebücher

mit Dienstanweisung.

## Feldhüter-Anzeigeformulare

nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

## Zur gef. Beachtung!

## Steuer-

## Kartenblätter

nach amtlicher Vorschrift  
nur zu haben in der

## Kreisblatt-Druckerei.

2(148) Hähle, heute, heute, heute  
Preisliste frei. D. Hähle.  
Kochendorf 81, Würzburg 74.

Grünen Jagdhut a. a.  
Holzheimwerkzeuge  
nach nachmittag verloren.  
Abzugeben gegen sehr gute  
Belohnung beim Landrats-  
amt, Zimmer 15. 5(148)

Tätiges, selbständiges

## Mädchen

bei hohem Lohn für sofort  
ge sucht. 1(148)

**Jacob Untelbach,**  
Neumarkt Nr. 6.

Weisse Damen-Halbschuhe  
(Maßarbeit) preisw. zu ver-  
käuf. in der Gasse 7(148)

Großer  
politischer  
Nachrichten-  
dienst  
Vossische  
Zeitung  
Berlin

Monatlicher Bezugspreis  
Mk. 14.—

*Wohn-  
kredit-  
bank*  
**A. Henne,**  
Weierstraße 16.